

Interview der Kieler Nachrichten mit Professor Dr. Joachim Krause, veröffentlicht am 12.7.2013 zum Thema „Zivilklausel an der Universität Kiel“

Alle Hochschulen sehen ihre Forschung dem Frieden verpflichtet. Was spricht also gegen eine „Zivilklausel“, die militärische Forschung ausschließt?

Eine Zivilklausel ist keine Friedensklausel. Sie ist eine Klausel, die Forschern Kontakte und Kooperationen mit der Bundeswehr, immerhin eine Verfassungsinstitution, und der wehrtechnischen Industrie verbietet. Befürworter von Zivilklauseln wollen auch Kommissionen einrichten, die darüber zu befinden haben, ob anständig zivil geforscht und gelehrt wird. Das alles stellt eine massive Herausforderung für die im Grundgesetz garantierte Freiheit von Forschung und Lehre dar und ist praktisch der Versuch der politischen Fernsteuerung von Universitäten. Wenn Sie davon ausgehen, was alles an Forschungsergebnissen militärisch genutzt werden könnte, dann würde an dieser Universität mindestens die Hälfte der Forschungsaktivitäten in den Zuständigkeitsbereich derartiger Kommissionen fallen. Das nenne ich eine „unheilige Inquisition“.

Sie kritisieren die Zivilklausel als Mogelpackung und vermuten, dass vor allem linksextremistische Gruppen sie instrumentalisieren. Wie erklären Sie sich dann, dass zwölf Hochschulen sie bereits verankert haben und dafür Beifall von Gewerkschaften erhalten?

Die meisten Universitäten haben keine oder nur geringe Kooperationsbeziehungen zur Bundeswehr oder zur wehrtechnischen Industrie. Von daher sind manche Zivilklauseln durchgegangen. Darunter gibt es auch Klauseln, die nicht verfassungsgemäß sind. Manche Unis (wie die in Tübingen) haben versucht dem Druck der Befürworter dadurch zu begegnen, indem sie rechtlich unverbindliche und allgemein gehaltene Zivilklauseln verabschiedet haben. Die Hoffnung, dass man dann Ruhe hat, hat sich jedoch zerschlagen. Sobald eine wie auch immer geartete Zivilklausel da ist, werden an den Universitäten Veranstaltungen gestört, Dozentinnen und Dozenten gemobbt – und das immer unter Berufung auf die Zivilklausel. Ich habe derartige Störaktionen in Tübingen miterlebt und kann nur sagen, das hat mit Frieden nichts zu tun. Zivilklauseln werden von radikalen Gruppen genutzt, um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mundtot zu machen. Das sollten wir uns in Kiel nicht antun.

Dann stimmen Sie mit der Einschätzung der Kieler Hochschulleitung ein, dass es im Einzelfall schwierig zu definieren ist, was unter Militärforschung genau zu verstehen ist?

Ja, solange nicht jemand dezidiert an der Entwicklung eines Waffensystems mitwirkt, kann man nicht von Militärforschung sprechen. Ein Großteil aller Forschungsaktivitäten in nahezu allen Disziplinen (ausgenommen vielleicht Theologie und Altertumswissenschaft) ist potenziell militärisch nutzbar, das gilt vor allem für die naturwissenschaftliche Grundlagenforschung einschließlich der Medizin.

Sie gerieten ins Visier, weil ein kleiner Teil der 2,7 Millionen, die die Kieler Uni 2007 bis 2012 von der Nato und dem Verteidigungsministerium für Forschungsprojekte erhalten hat, auch Ihrem Institut zu Gute kam. Um welches Projekt drehte es sich?

Wir haben in Zusammenarbeit mit einem renommierten Partnerinstitut aus den USA auf Bitten des Bundesverteidigungsministeriums eine wissenschaftliche Einschätzung darüber abgegeben, welche Schlussfolgerungen aus dem Einsatz der Bundesregierung in Afghanistan zu ziehen sind. Insbesondere ging es um die Frage, ob es überhaupt möglich ist, in Ländern, die durch Kriege oder Bürgerkriege zerstört worden sind, einen umfassenden zivilen Aufbau zu

leisten und welche Bedeutung dabei Streitkräften zukommt. Wir haben das Projekt an der Universität und in der „Unizeit“ bekannt gemacht. Zur Strafe für diese Transparenz werden wir nun als „Kriegsforscher“ denunziert.

Die Kritik daran, dass unterfinanzierte Hochschulen auf der Suche nach Finanzquellen sich zunehmend von Drittmitteln zahlenden Firmen abhängig machen, wird immer lauter. Wie groß ist dieses Problem aus Ihrer Sicht?

Die Abhängigkeit von privaten Geldgebern ist in der Tat ein großes Problem. Das betrifft vor allem die Naturwissenschaften, die Ingenieurwissenschaften und die Informatik. Ich halte es für sinnvoll, dass sich die Universitäten mit der Beeinflussung von Forschungsprojekten durch die Privat-Industrie in der vollen Breite beschäftigen. Zivilklauseln sind dafür untauglich, sie lenken nur von den eigentlichen Problemen ab.